

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten
Verlagsnummer: 20011
Redaktionsnummer: 20011
Drucknummer: 20011

Bezugspreis für den Monat März 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung für den Betrag von 1,50 RM.
Einzelhefte 10 Pf., außerorts 20 Pf. (Postgebühren).
Abbestellung: Die Abbestellung muss schriftlich bei der Redaktion erfolgen.
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach dem Platz und der Zeitrechnung berechnet.
Kleinanzeigen: 10 Pf. pro Zeile pro Tag.
Längere Anzeigen: nach Vereinbarung.
Abdruck von Texten: nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Druck u. Verlag: Neumann, Neudamm, Berlin.
Verlag: Neumann, Neudamm, Berlin.
Druck: Neumann, Neudamm, Berlin.

Keine Aussicht auf rasche Lösung der Krise

Schieles Bedingungen nicht erfüllt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. März. Die Aussichten eines Kabinetts Brüning haben sich im Laufe des Sonnabendvormittags weiter verschlechtert. Mit dem Eintreffen des Reichsaußenministers Dr. Curtius in Berlin war die Parole zum Gegenstand gegeben, dass sofort auf breiter Front gegen eine Anlehnung an rechts begann. Im Reichstag erzählte man sich am Sonnabendvormittag, dass ein Eintreten Schieles in das Kabinett nicht mehr in Frage käme. Wichtig daran ist bis zur Stunde wenigstens lediglich, dass das Präsidium des Reichsländverbundes heute tagte und das lebhafteste Zweifel daran geäußert wurden, ob ein Kabinett Brüning die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft bindend akzeptieren würde oder nicht.

Dazu scheint aber bei dem in Aussicht genommenen Reichskanzler immer weniger Reizung zu bestehen, so dass damit gerechnet werden muß, daß nicht nur Schiele, sondern auch die Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft und die Wirtschaftspartei jede Beteiligung an dem Kabinett ablehnen. Einen Fingerzeig für diese Entwicklung gab ferner die Tatsache, daß für die Sozialdemokraten Dr. Breitscheid wieder mit Dr. Brüning verhandelte. Um die Mittagsstunde rechnete man in der Wandelhalle mit einem

Minderheitskabinett der Mitte mit leichter Anlehnung an die Linke.

Das würde bedeuten, daß das zurückgetretene Kabinett mit Ausnahme der sozialdemokratischen Minister wiederkehrte. Eine solche Regierung würde natürlich nur den Charakter eines kurzfristigen Übergangskabinetts haben können. Als baldige Reichstagsauflösung wäre dann unvermeidlich. Mit diesem Gedanken haben sich fraglos die Sozialdemokraten bereits vertraut gemacht, die ihre Pressepolitik schon seit gestern auf reine Wahlagitiation umgestellt haben.

Das letzte Wort ist natürlich noch nicht gefallen. Aber an eine entscheidende Wendung unserer innen- und außenpolitischen Verhältnisse glaubt zur Stunde wenigstens niemand mehr. Auch dürften die Kabinettsüberlegungen wahrscheinlich zum mindesten den morgigen Sonntag in Anspruch nehmen. Festzustellen bleibt nur, daß Dr. Brüning nicht einmal mehr im eigenen Parteilager große Zustimmung findet. Das allerbedauerlichste ist jedoch die Tatsache, daß unser parlamentarisches System wieder einmal im Begriffe ist, dem Reichspräsidenten eine tiefe Enttäuschung zu bereiten.

Es zeigt sich immer mehr, daß sich Dr. Brüning noch vollkommen im Stadium des Ausprobierens befindet, welche Par-

teien ein von ihm geleitetes Kabinett führen könnten. Dr. Brüning hätte sich nach dem ursprünglichen Plan des Reichspräsidenten mit den Fraktionen ja überhaupt nicht so weit einlassen sollen, wie er dies jetzt getan hat. Am wenigsten aber war ursprünglich eine Stützung des Brüning'schen Kabinetts durch die Sozialdemokratie in Betracht gezogen worden. Die Sozialdemokraten selbst werden zu allererst mit einer solchen Möglichkeit gerechnet haben. Daß aber Dr. Brüning heute mit Dr. Breitscheid verhandelt, zeigt deutlich, daß seine Aussichten, ein von ihm zu bildendes Kabinett mit Hilfe der kleinen rechtsstehenden Gruppen und eventuell mit Tuldung der Deutschnationalen zu führen, nunmehr ganz minimal geworden sind.

Dr. Brüning hatte jedoch außer seinen Besprechungen mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius auch noch Besprechungen mit den beiden Zentrumsmministern von Gumbard und Dr. Wirth, sowie Vertretern der demokratischen Fraktion. Es scheint aber immer mehr so, als ob den Bemühungen Brüning's kein Erfolg beschieden sein wird. In den ersten Nachmittagsstunden wurden jedenfalls seine Aussichten noch skeptischer beurteilt, als dies schon im Laufe des Vormittags der Fall war.

Das Ermächtigungsgesetz in Thüringen angenommen

Verwaltungsreform und Ordnung des Haushalts bezweckt

Weimar, 20. März. Der Landtag von Thüringen nahm gegen 25 Stimmen der SPD, der KPD, und der Demokraten die Vorlagen der Regierung zum Ermächtigungsgesetz an. Das Ermächtigungsgesetz soll zur Vereinfachung der Verwaltungen, die die Regierung zur Verwaltungsreform und zum Ausgleich des Haushaltsplans für nötig hält, dienen.

Die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten gaben hierzu eine kurze Erklärung ab. Die Sozialdemokraten lehnten die Vorlage ab, da sie nach ihrer Auffassung verfassungsändernd sei. Die Deutsche Volkspartei betonte in ihrer Erklärung, die anfangs geäußerten formellen und sachlichen Bedenken seien bei den Ausschussverhandlungen behoben worden, so daß sie zustimmen könne, in der Erwartung, daß das Gesetz dazu beitrage, die Verwaltung zu vereinfachen und zu verbilligen und die Finanzen zu ordnen. Nach der Abstimmung legten die Sozialdemokraten gegen die Feststellung des Ergebnisses Verwahrung ein, weil ihrer Meinung nach die Zweidrittelmehrheit für die Annahme erforderlich sei. Der Präsident erklärte, daß eine Nachprüfung nicht seine Aufgabe sei, sondern die anderer Instanzen. Darauf vertagte sich der Landtag bis zum 2. April.

Die Sozialdemokratie sucht sich reinzuwaschen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. März. Wie wenig den Sozialdemokraten an einer sachliche Staatsnotwendigkeiten und Staatsbedürfnisse berücksichtigenden Politik liegt, zeigt der Aufruf, den heute die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften veröffentlichten. Aus diesem Aufruf erhebt man so recht mit aller Deutlichkeit, wie der Wettkampf mit den Kommunisten die Sozialdemokratie zu einer großschätigen Agitation führt, der jedes Mittel angenehm ist, das dazu dienen kann, ein Abwandern der Anhänger zu vermeiden. Ueber die ganze erste Seite des „Vorwärts“ zieht sich dieser

in äbelster Wahlagitiation gehaltene Aufruf,

dessen Verdrehungen des sachlichen Tatbestandes zu ihrer Richtigkeit ganze Zeilartikel erforderten. Man erkennt aus diesem Aufruf auch vor allem, wie sich die maßgebenden sozialdemokratischen Parteinstanzen in den ganzen letzten Monaten schon, als noch der Kampf um die Arbeitslosenversicherung tobte, auf die

Bedürfnisse etwaiger Neuwahlen

eingestellt haben. Da wird gesagt, daß die Sicherung der Unternehmung für die Arbeitslosen das Ziel der Sozialdemokratie sei, der Abbau der Löhne dagegen das Ziel der Deutschen Volkspartei bildete. Kann man den Tatbestand, wie er war, wirklich noch ärger verdrehen? Niemals hat die Deutsche Volkspartei daran gedacht, den Volksgenossen, die unverschuldet von dem schweren Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, die ihnen zugehörige Unterstützung freitig zu machen. Woraus die Deutsche Volkspartei abzielte, das war nichts weiter, als durch Ausschaltung der Reichsstände den Arbeitslosen eine im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen liegende Unterstützung zu garantieren.

Die Forderungen der Sozialdemokratie hingegen mußten dazu führen, daß über kurz oder lang das ganze Gebäude der Arbeitslosenversicherung zusammengebrochen wäre.

Welche von beiden Parteien hat nun mehr im Sinne der Arbeitslosen gehandelt, die Sozialdemokratie mit ihren utopischen, das ganze Versicherungssystem schwer gefährdenden Forderungen, oder die Deutsche Volkspartei mit der Begrenzung auf das materiell Mögliche? Wenn in dem Aufruf gesagt wird, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung mit „einmütiger Geschlossenheit“ zurückgewiesen hätten, so wird damit nur dokumentiert, wie sehr sich

die maßgebliche Regierungspartei der verflochtenen Koalition unter dem Druck einer außerparlamentarischen Instanz

begeben hat. Wie sehr durch ein solches Verhalten das von der Sozialdemokratie und ihren prominenten Vertretern so gepriesene parlamentarische System diskreditiert wird, scheint jetzt der Sozialdemokratie vollständig gleichgültig zu sein. Wieder wird die alte Front zwischen der im Kampfe für die Arbeitslosen „alleinstehenden Sozialdemokratie“ und den zur Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung verbündeten bürgerlichen Parteien aufgestellt. Die an der letzten Koalition beteiligten bürgerlichen Parteien erhalten so

wieder einmal einen Beweis dafür, wie wenig die Sozialdemokratie in die Rolle einer Staatspartei hineingewaschen ist,

die man ihr so gerne zuschreiben wollte. Immer mehr zeigt das ganze Verhalten, wie recht der deutschnationalen Adm. Graf Westarp hatte, wenn er einmal sagte, daß ein Regieren mit der Sozialdemokratie für Staatsbewußte und Staatsbejahende Parteien nicht in Frage kommen könne, denn auch dieser Aufruf zeigt, daß die Sozialdemokratie das Gedulden ist, was sie schon früher war, eine lediglich auf Agitation und Gang der Massen bedachte Partei.

Die letzte Chance

Mit dem Zusammenbruch der Großen Koalition und mit Hindenburgs Weisung an den Zentrumsführer Brüning, eine Regierung „auf nicht koalitionsfähiger Grundlage“ aufzubauen, sind wir in Deutschlands innenpolitischer Entwicklung an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt. Dieser Auftrag des Reichspräsidenten ist zugleich ein vernichtendes Urteil über die bisherige Regierungsweise. Er gründet sich auf die Ueberzeugung an der höchsten Stelle des Reiches, daß die üblichen parlamentarischen Methoden der Lage, die es zu meistern gilt, staatspolitisch nicht mehr genügen. Der große Notstand des Reiches — die Finanznot, die Arbeitslosennot, die Landwirtschaftsnot —, alle diese sich drängenden und miteinander verflochtenen Probleme sind dem herrschenden System ganz einfach über den Kopf gewachsen. Es hat sich nicht mehr zu entschließen, ja nicht einmal mehr zu Kompromissen aufraffen können in einer Stunde, da kraftvolle Staatspolitik auf der ganzen Linie das dringende Gebot der Stunde war. Aus dieser Erkenntnis ist Hindenburgs Entschluß gereift, selbst Hand anzulegen und das Werk der Sanierung mit allen Mitteln, auch mit außerparlamentarischen, zu betreiben.

Nach den Regeln des parlamentarischen Spieles wäre es eigentlich das Nächliegende gewesen, derjenigen Partei die Verantwortung zuzuschreiben, die den Sturz der Regierung Müller verursacht hat — in diesem Falle also der Sozialdemokratie. Denn es muß in unserer leichtvergeßlichen Zeit ganz besonders in Erinnerung gehalten werden, daß an ihrer Hartnäckigkeit die letzten Einigungsversuche gescheitert sind. Nachdem die Volkspartei für ihren Teil schon nachgegeben hatte, ist an 1/4 Prozent Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung, die die Sozialdemokraten mehr verlangten, der ganze Kuhhandel zusammengebrochen. Das ist das Ergebnis jahrelanger Anstrengungen, die Sozialdemokratie zur Staatsverantwortlichkeit zu erziehen. Aus Angst vor der kommunistischen Konkurrenz und in der Besorgnis, daß ihre Wahlausichten verschlechtert werden könnten, hat sich die große Massenpartei im Augenblick höchster Gefahr in die rettenden Oppositionsbüchse geflüchtet. Vom festeren Hort aus beschimpft und bedroht sie nun alle Pflichtbewußten, die das Schicksal des Reiches zum Besseren wenden wollen.

Kein Wunder, daß der Reichspräsident nach solchen Erfahrungen auf die weitere Mithilfe der Sozialdemokratie verzichtet hat. Nach diesem Schiffbruch der Linkspolitik blieb auch keine Zeit zu neuen Experimenten in der gleichen Richtung. Das Steuer mußte nach der anderen Seite herumgeworfen werden. Das ist der Sinn der Initiative, die Hindenburg ergriffen hat. Nach seinen Richtlinien soll über die Parteien hinweg, ohne langwierige Verhandlungen und Kompromisse über ihre Wünsche, ein Kabinett von Männern zusammengestellt werden, die zur Bewältigung der vorliegenden Aufgaben am geeignetsten sind. Dieses „Hindenburgkabinett“ — wie es schon vor seinem Entstehen getauft wurde — soll mit harter Hand die notwendigsten Reformen durchführen, mit einer Reichstagsmehrheit, wenn sie sich findet, und ohne das Parlament, wenn es nicht anders geht.

Brüning's Absicht ging zunächst dahin, seine Regierung auf einer Basis aufzubauen, die von den Demokraten bis zu den Volkonservativen reicht. Auch die Wirtschaftspartei und die kleineren Gruppen der Rechten sollten in diesen Brückenschlag einbezogen werden. Aber eine Mehrheit würde damit noch nicht erreicht. Sie steht und fällt mit der Haltung, die die Deutschnationalen einer solchen Regierung gegenüber einnehmen. Da beginnen schon wieder die Schwierigkeiten einer parlamentarischen Lösung. Es ist nicht so einfach, die deutschnationalen Politik vom Kurs grundsätzlicher Opposition, wie er von Eugenberg festgelegt worden ist, loszulösen und auf die Unterstützung einer Regierung umzuwenden, die man in der Partei als „Müllers Testamentsvollstrecker“ betrachtet. Und die aktive Teilnahme der abgesplitterten Volkonservativen an einem Minderheitskabinett der Mitte kann die Abneigung der Deutschnationalen gegen dieses Gebilde nur verstärken. Zwar verweigern sie ihre Hilfe nicht, wenn die neue Regierung die Dithilfe nach Hindenburg's Vorschlägen und ein Agrarprogramm nach den Anträgen der Rechten durchzuführen will. Sie versagen sich aber für die Unterstützung eines Finanzprogramms, das dem unter marxistischem Einfluß entstandenen ähnlich ist, und noch mehr für die Inangriffnahme des Youngplans und des Polenabkommens. „Ein solcher Romantiker“, sagt der offizielle deutschnationale Pressedienst, „findet sich doch wohl auch im Zentrum nicht, der glaubt, daß dafür ein Deutschnationaler, ein einziger Deutschnationaler, sich bereitfinden ließe.“ Nun wird ja auch in der Politik nichts so heiß gefessen, wie es gefocht wird, und es muß noch nicht als ausgeschlossen gelten, daß die Deutschnationalen ohne Uebernahme eigener Verantwortung ein nach rechts gerichtetes „Kabinett der Köpfe“ doch für eine gewisse Uebergangszeit dulden, um ihm die Möglichkeit zur Erledigung der dringlichsten Aufgaben zu lassen.

Was aber dann, wenn sich auch diese Rechnung als falsch erweist? Dann sind alle parlamentarischen Möglichkeiten erschöpft — denn auch der jetzt aufgetauchte Gedanke einer Anlehnung des Mittelkabinetts ist Utopie —, und